

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

2.12.1921 (No. 282)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Haupt-
redakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, belbe
in Karlsruhe.

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 933
und 934
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M. 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen karlsruher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von Anzeigen, die in mehreren Nummern der Zeitung erscheinen, fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Wucherbekämpfung.

** Das badische Justizministerium hat an die Gerichte folgenden Erlaß gerichtet: Infolge des Steigens aller Preise sind weite Kreise der Bevölkerung in bittere Not geraten. Strafbaren Handlungen, die sich gegen gesetzliche Bestimmungen auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens richten und geeignet sind, die wirtschaftliche Not zu verschärfen, muß deshalb nachdrücklich nachgegangen und insbesondere dafür Sorge getragen werden, daß sie tüchtig rasch ihre Sühne finden. Die Gerichte werden deshalb veranlaßt, alle derartigen Verfahren mit möglichster Beschleunigung zu behandeln und auch die Strafvollstreckung, soweit sie ihnen obliegt, möglichst rasch durchzuführen.

Die Ortsklasseneinteilung.

** In den letzten Tagen bringt die Presse auf Gerüchten und angeblich auch auf Mitteilungen aus Berlin beruhende Nachrichten über die Einstufung badischer Gemeinden in das Ortsklassenverzeichnis. Um hierin Klarheit zu schaffen, sei folgendes bemerkt: Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und den Spitzenorganisationen über ein endgültiges Ortsklassenverzeichnis sind abgeschlossen, der Entwurf eines Gesetzes wird aber erst dieser Tage dem Reichsrat, dann sofort dem Reichstag zur Beratschlagung vorgelegt werden. Es ist nicht anzunehmen, daß hier Wesentliches geändert wird, so daß den Beamten an Amtsstellen, die höher gestuft werden, die Mehrbeträge bald ausbezahlt werden können. Was Baden angeht, so werden voraussichtlich eingestuft werden in:

Ortsklasse A:

Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Neßl, Kirchheim (Stadtteil von Heidelberg), Konstantz, Lörrach, Mannheim, Pforzheim.

Ortsklasse B:

Badenweiler, Bruchsal, Büllach, Durlach, Durlach Stadtteil Aue, Ettlingen, Grenzach, Hagelsfeld, Halingen (A. Lörrach), Hiesingen mit Wagnau, Lahr, Neckargemünd, Offenburg, Os, Rodelszell, Rastatt, Rohrbach b. Heidelberg, Säckingen, St. Blasien, St. Georgen b. Freiburg, Schopfheim, Schwetzingen, Seckelheim, Sickingen a. S., Triberg, Willingen, Wadshut, Weil (A. Lörrach), Weinsheim, Wolmatingen mit Station Neichenau, Ziegelhausen.

Ortsklasse C:

Achern, Albrun, Almdorf, Altheim, Altheim, Appenweier, Arlen, Bad Dürkheim, Bad. Rheinfelden, Bannhof i. Schw., Breisach, Bretten, Brombach (A. Lörrach), Brühl, Bühl, Bühlertal, Büdingen, Dinglingen, Donaueschingen, Dörsenheim mit Schwabenheimerhof, Eberbach, Edingen, Emmendingen, Engen, Eppelheim, Erzingen, Eutingen, Fahrenau, Forbach, Friedrichsfeld, Furthwangen, Gaggenau, Gailingen, Gausbach, Gernsbach, Gottmadingen, Großschafsen, Grödingen, Gutach (A. Waldkirch), Haagen, Haslach (A. Wolfach), Hausach, Heidesheim, Heiligenberg, Hinterzarten, Hörschwand, Hofenheim, Hörden, Hornberg, Nestelten, Obesheim, Immenzingen, Iffringen, Kandel, Keißen, Kirchzarten, Kleinkaufens- lurg, Kollnau, Königfeld, Kork, Krozingen, Kuppenheim, Kadenburg, Lauda, Reimen, Rippelsbach, Ralsch (A. Ettlingen), Maulburg, Neersburg, Neßkirch, Neßringen, Mosbach, Müllheim, Mürg, Neckarelz, Neckarhausen (A. Mannheim), Neuenburg (A. Müllheim), Neulupheim, Neumühl, Neustadt i. Schw., Niederbühl, Niefeln, Nuzloch, Oberkirch, Oberfödingen, Ortstrot, Oberweiler (A. Müllheim), Oettingen, Ostersheim, Oettingen, Oppenau, Oettingen, Ottenhöfen (A. Achern), Pfullendorf, Philippsburg, Pfaffstadt, Rheinböschheim, Rhina, Rielingen, Rotenfels, Sandhausen, St. Georgen i. Schw. mit Station Sommerau, St. Ilgen (A. Heidelberg), Schluchsee, Schönaich, Schönau i. W., Schönwald, Scheuern, Schriesheim, Steinen, Stodach, Stühlingen, Tauberbischofsheim, Tiengen (A. Wadshut), Tittsee, Todtnoos, Todtnau, Tümmingen, Überlingen a. B., Untertrombach, Wöhrenbach, Waldkirch (A. Waldkirch), Wallbühl, Wallstadt, Wehr, Weingarten, Weisenbach, Wertheim, Wiesental mit Waghäusel, Wiesloch, Wolfach mit Station Halbmühl, Wöhl, Zell i. W.

In die Ortsklasse D

werden voraussichtlich rund 700 Gemeinden aufgenommen werden. Im ganzen werden dann mehr als die Hälfte sämtlicher badischer Orte gehören sein. Das Gesetz soll mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft treten.

Das Estnische Konsulat in Berlin.

** Die estnische Regierung hat Herrn Karl Lofzer zum estnischen Konsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Berlin bestellt. Der Benannte wird hiermit zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden einweilen zugelassen.

* Stresemann auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Das wichtigste Ereignis des Parteitags der Deutschen Volkspartei, der diesmal in Stuttgart stattgefunden hat, ist die Rede Stresemanns, sowie die Tatsache, daß der Parteitag mit sämtlichen Stimmen gegen eine die Ausführungen Stresemanns gebilligt und dementsprechend nicht nur der Reichstagsfraktion, sondern auch der preußischen Landtagsfraktion, die sich zur Koalition mit der Sozialdemokratie entschloß, das Vertrauen ausgesprochen hat. Die Opposition innerhalb der Partei ist angesichts der Darlegungen Stresemanns immer mehr verstummt und zahlenmäßig immer mehr zusammengeschrumpft, so daß schließlich nur noch eine einzige Stimme als offener Vertreter der Opposition übrig blieb.

Das ist verblüffend, weil man ja wußte, daß die Auffassungen Stresemanns von einer recht ansehnlichen Minderheit in der Partei abgelehnt werden. Wir wollen hoffen, daß es Stresemann gelungen ist, diese Minderheit wirklich zu überzeugen. Denn vom Standpunkte der allgemeinen vaterländischen Interessen aus gesehen, kann es nur nützlich sein, wenn sich eine starke Mehrheit der Partei aufrichtig und ohne Hintergedanken hinter die Politik Stresemanns stellt.

Daß in der Rede des deutschvolksparteilichen Führers manche Wendungen vorkommen, denen wohl die eine oder die andere Koalitionspartei nicht zustimmen wird, ist selbstverständlich. Es hat eben jede Partei das unveräußerliche Recht, ihr eigenes Programm zu vertreten und ihre eigenen Ideale zum Ausdruck zu bringen. Die staatspolitisch entscheidende Frage wird immer lediglich die sein, ob und inwieweit eine Partei bereit ist, ihre besonderen parteipolitischen Ziele den großen gemeinsamen Zielen des vaterländischen Wiederaufbaus unterzuordnen.

In Preußen hat die Deutsche Volkspartei diese Frage im bejahenden Sinne beantwortet. Die große Koalition ist zustande gekommen. Und wer die letzte Landtagsrede des sozialdemokratischen Parteiangehörigen preußischen Innenministers Sebering gelesen hat, der wird den Eindruck gewonnen haben, daß diese neue, erweiterte Koalition sich bereits in erfreulicher Weise einzuspielen beginnt, und daß jedenfalls die parteipolitischen Gegensätze vor den großen positiven Aufgaben, an denen alle mitgearbeitet haben, zurückgedrängt werden. Hat Sebering doch z. B. nicht gezögert, seinen von linksradikaler Seite angegriffenen, der Deutschen Volkspartei angehörenden Ministerkollegen Dr. Voelck zu verteidigen. Das ist gewiß kein schlechtes Vorzeichen.

Stresemann geht in seiner Politik, die er auf dem Stuttgarter Parteitag mit dem bereits erwähnten Erfolg vertreten hat, von dem Erkenntnis aus, daß die Partei gerade, weil sie sich von der Mitarbeit ausschloß, immer den Dingen nachgehinkt ist, daß sie gezwungen gewesen ist, zuzusehen, wie andere die Macht im Staate haben; sie habe sich eben nicht bemüht, die eigene Auffassung im Staate zur Auswirkung zu bringen. Spricht aus diesen Sätzen auch ein gewisser, allerdings wohl nicht unberechtigter Parteiegoismus, so bedeuten sie andererseits doch auch wieder das überaus wertvolle Eingeständnis, daß heutzutage nur die Partei, ja ganz allgemein gesprochen überhaupt nur der Staatsbürger politisch zur Geltung kommt, der sich in den Dienst der allgemeinen, großen Regierungsaufgaben stellt. Stresemann hat eingesehen, daß unfruchtbare Opposition zu nichts führen kann, als zur Selbstauschaltung bei allen für die Geschicke des Volkes entscheidenden Maßnahmen.

Er wird wohl aber auch weiter gemerkt haben, daß, so angenehm zunächst eine Oppositionspolitik beim Einfangen von Wählerstimmen ist, diesem Vergnügen doch Grenzen gesetzt sind. Man kann heute bereits ruhig die Behauptung aufstellen, daß mit der Opposition allein keine einzige Partei, und auch nicht die Deutsch-nationale Volkspartei, die Mehrheit des Volkes auf ihre Seite bringen wird. Ja, die letzten Landtagswahlen (in Thüringen, Baden und Hessen), zeigen deutlich, daß große Wählermassen sich von der einseitig oppositionell gerichteten Politik der Deutsch-nationalen abwenden. Wären diese Wählermassen mit der Politik der Deutschnationalen einverstanden gewesen, so hätte sich kein Landbund und kein Bauernbund aufstellen können. Diese wirtschaftlichen Gruppen aber sind es,

die vornehmlich der Deutschnationalen Volkspartei die Wähler weggenommen haben.

Von dieser seiner Erkenntnis aus lehnt Stresemann die Politik der Deutschnationalen, die auf die Gegenüberstellung eines Rechts- und eines Linksblocks abzielt, mit bemerkenswerter Entschiedenheit ab. Und er erklärt, daß die Deutsche Volkspartei den Mut haben müsse zu einer Politik des Kompromisses, ohne Rücksicht darauf, ob rechts von ihr jemand stehe, der glaube, ihr Erbe antreten zu können. „Wir müssen den Mut haben auch zu einer unpopulären Politik, gegen die sich das Gefühl einmal auflehnt, die dafür aber an den Verstand appelliert.“ Das ist ein vernünftiges Wort, das sich wohl hören läßt.

Weiter ist zu erwähnen, daß Stresemann der auch in seiner Partei weit verbreiteten albernen Auffassung, die sozialdemokratischen Massen des Volkes seien national nicht zuverlässig, entgegengetreten ist. Er hat im Gegenjag zu derartig törichteren Redereien festgestellt, daß „das Vertrauen auf das nationale Empfinden der Massen doch schließlich bei allen wichtigen Entscheidungen gerechtfertigt worden ist.“ Und er hat gesagt, daß er das Vertrauen habe, daß, wenn es darauf ankommt, in einer Entscheidungsstunde dem Vaterlande beizuspringen, dann auch die Massen der Arbeiterschaft zur Stelle sein werden. Ist dieses Vertrauen für jeden Unbefangenen eine Selbstverständlichkeit, so war es aber bisher noch lange keine Selbstverständlichkeit, daß auch die mehr rechtsgerichteten Parteien ein solches Vertrauen hatten. Um so erfreulicher und bemerkenswerter ist es, wenn sich jetzt der offizielle Führer der Deutschen Volkspartei zu diesem Vertrauen bekennt und dabei die Billigung der Parteidelegierten findet.

Was die Kreditaktion der deutschen Industrie betrifft, so hat sich Stresemann in einer Weise ausgesprochen, die erkennen läßt, daß er den Besitz des Staates an den Verkehrsanstalten mit einer kaufmännischen Leitung und einer Anerkennung der Beamtenrechte vereinigen möchte. Sehr bedeutsam aber ist die Tatsache, daß er in diesem Zusammenhang den Industriellen in der Deutschen Volkspartei zugerufen hat, sie müßten es sich gesagt sein lassen, daß „die Deutsche Volkspartei nicht allein nach den Auffassungen der Industrie, sondern nach den Gesichtspunkten des Allgemeinwohls zu entscheiden habe.“ Diese Äußerung ist ja wohl nicht anders aufzufassen, als ein deutliches Abweichen von der Politik aller der Industriellen, die die Übermacht ihres Kapitals dazu benützen, um die rechtsstehenden Parteien ganz und gar in das Joch der eigenen Wirtschaftsinteressen hineinzuzwingen.

Vom Standpunkte des vaterländischen Wiederaufbaus betrachtet, darf sonach die Rede Stresemanns und der ihr zustimmende Teil der Parteitagsresolution begrüßt werden. Es wird sich jetzt nur fragen, ob die nachgeordneten Stellen der Partei, vor allem aber die Parteipresse, ihre Politik auch auf die Stresemannschen Grundzüge einstellen werden. Wer die deutschvolksparteilichen Blätter pflichtgemäß liest, wird sich zunächst wohl einiger Befürchtungen nicht erwehren können. Wir wollen hoffen, daß sich diese Befürchtungen als gegenstandslos oder übertrieben erweisen.

Kommunalpolit. Rundschau.

Die Notlage der Städte.

Am Mittwoch haben die Vorstände der Spitzenorganisationen der deutschen Städte in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Steuerauschuß des Reichstages ihre Forderungen an die Reichssteuerergänzungsgebung eingehend dargelegt. Oberbürgermeister Dr. Miklaff legte, lt. „Zf. B.“, die Notwendigkeit neuer Einnahmequellen für die Gemeinden dar, deren Finanznot im wesentlichen auf drei Ursachen zurückzuführen ist: auf den Wegfall der Besteuerung des steuerfreien Mindesteinkommens, der einen Ausfall von 2½ Milliarden bedeuete, auf die neue Besoldungsregelung und endlich auf die Erhöhung der sozialen Renten. Allein der Besoldungsmehraufwand für Beamte, Lehrer und dauernd Angestellte erfordert ein Mehr von 50 Prozent des den Gemeinden garantierten Einkommensteuerebetrages. Die Forderungen der Gemeinden fasste Oberbürgermeister Miklaff wie folgt zusammen:

„Neuregelung der Steuerbefreiungen zwischen Ländern und Gemeinden. Den Gemeinden muß ein größerer Anteil an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer zuteil werden. Bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer ist der Anteil von Ländern und Gemeinden von zwei Drittel auf drei Viertel heraufzusetzen. Auch die Garantie des Aufkommens aus diesen Steuern auf Grund der Veranlagung

von 1919 plus 25 Prozent muß erhöht werden. Ferner ist den Gemeinden bei der Umsatzsteuer der Anteil von 5 auf 10 Prozent zu erhöhen. Grund- und Gewerbesteuer müssen Länder und Gemeinden überlassen bleiben. Das Reich muß sich fernhalten von allen Steuergebieten, für die die Gemeinden die besten Steuerertrage sind, und dazu gehören: Kraftwagensteuer, Schenkungssteuer, Gewerbesteuer, Grunderwerbsteuer. Bei den Getränkesteuern müssen die Gemeinden das Recht der Erhebung von Zuschlägen für Branntwein und Wein behalten. Bei der Versicherungssteuer müssen sie die Möglichkeit erhalten, die Feuerversicherungen zu den Unkosten für das Feuerlöschwesen heranzuziehen. Da eine Neuordnung der Landessteuergesetze in der gewünschten Art frühestens 1922 wirksam werden könnte, müßte für die Übergangszeit eine sofortige Hilfsaktion einsetzten, um wenigstens die Mehraufwendung für die Besatzungsreform zu decken.

Oberbürgermeister Dr. Luther sprach über Überweisung neuer Steuergebiete an die Gemeinden und verlangte, unter allen Umständen die real zu Steuern zu erhalten. Oberbürgermeister Belsian trat für die Organisation der mittleren und kleineren Städte ein. Wie der Syndikus des Reichsstädtebundes, Dr. Gaedel, mitteilt, ist eine überaus große Anzahl der mittleren und kleineren Städte am 1. Oktober nicht imstande gewesen, die erhöhte Beamtenbesoldung auszugeben. Auch für Berlin konnte Oberbürgermeister Böhm nur erklären, daß es der Stadt trotz vorzüglicher Wirtschaft nicht möglich sei, die hohen Löhne aus eigener Kraft zu tragen. Der Fehlbetrag der Stadt Berlin habe sich von 27 Millionen in wenigen Tagen auf 400 Millionen erhöht. Die in Aussicht gestellten Reichsvorschläge seien dadurch bereits als verbrannt anzusehen. Durch solche Maßnahmen, die nur eine Erleichterung in Schulden machen bedeuten, könne die Notlage nicht beseitigt werden. Reich und Reichstag dürften an der Schwelle des schwersten Winters die Gemeinden unendlich ihrem Schicksal überlassen.

Die anwesenden Reichstagsabgeordneten und Regierungsbekträter nahmen die Darlegungen der Städtevertreter ohne Erörterung entgegen. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden.

Politische Neuigkeiten. Vor den Beratungen des Londoner Kabinetts.

„Daily Telegraph“ schreibt, daß in diesen Tagen ernste und dringliche Seiten des Reparationsproblems von dem Kabinet behandelt würden, ebenso der Bericht Bradburys über das Wiesbadener Abkommen und der noch nicht veröffentlichte letzte Bericht Bradburys über das Ergebnis der von der Reparationskommission in Berlin angestellten Versuche über die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands. Außerdem liegen dem „Daily Telegraph“ zufolge zur Zeit nicht minder wichtige Berichte des Mitgliedes des Schakamtes, Sir Basil Blackett vor. Ferner werde der Rat des gegenwärtig in London weilenden britischen Vorkämpfers in Berlin, Lord B'Wernan, in mündlicher oder schriftlicher Form eingeholt werden. Daneben werde Amerika auch wegen der Besprechungen von Stinnes während seines Besuchs in London und der Unterredung Rathenaus mit britischen Beamten vorstellig werden.

Die erste Frage, mit der sich das Kabinet befassen müsse, sei die Ansicht der Sachverständigen darüber, ob mangels einer solchen Annahme Deutschland imstande sein werde, die Januarrate zu bezahlen. Die Ansicht der Sachverständigen geht — dem Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge — dahin, daß Deutschland unter solchen Umständen die Januarrate entweder gar nicht oder höchstens zum Teil entrichten kann. Es wird berichtet, daß die deutsche Regierung keineswegs Mangel an gutem Willen gezeigt habe, indem sie sich zu mehr verpflichtet habe, als sie zu diesem Zeitpunkt ausführen könne. Allgemein wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der auf der Brüsseler Konferenz angeordnete Zahlungsplan, der von dem Obersten Rat zugunsten des Londoner Abkommens getroffen wurde, das Maximum der Leistungsfähigkeit Deutschlands während der ersten Jahre darstelle. Man ist der Ansicht, daß Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt in der Lage sein muß, in sehr beträchtlichem Maße Reparationen zu leisten, und zwar in der Höhe des im Londoner Abkommen angeführten Betrages, vorausgesetzt, daß die Zahlungen hauptsächlich in Waren stattfinden. Von kompetenter Seite wird sogar darüber hinaus hinzugefügt, daß die deshalb gehegten Befürchtungen, daß die deutschen Zahlungen in Waren in Großbritannien und England den Industrie-Interessenten schweren Schaden zufügen würden, unbegründet seien. Die englische Regierung werde — laut „Daily Telegraph“ — beschließen müssen, ob sie den Alliierten vorschlagen solle, Deutschland mit Bezug auf

die im Januar und Februar fälligen Zahlungen einen Aufschub zu gewähren, oder ob sie auf den Zahlungen bestehen sollen, was aber unwahrscheinlich sei. Außerdem würde die englische Regierung zu beschließen haben, ob die vorgeschlagene Dauer des Moratoriums ein, zwei oder drei Jahre betragen solle.

An dritter Stelle wird die Bedingungen zu erörtern haben, unter denen ein solches Moratorium gewährt werden wird. In dieser Frage herrscht allgemein die Ansicht, daß von der deutschen Regierung gefordert werden soll, daß sie das deutsche Budget in Ordnung bringt und der jugendlichen Inflation Einhalt gebietet. Nur auf diese Weise könne eine relative Stabilität der Währung gesichert werden.

Dem Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge wird Frankreich zweifellos eine sehr wesentliche Erleichterung bei einer zeitweiligen Einstellung der sog. Goldzahlungen durch Deutschland in der Ausführung des Wiesbadener Abkommens finden, sofern dieses Abkommen von den Alliierten ratifiziert wird, was zweifellos der Fall sein wird, vorausgesetzt, daß gewisse Abänderungen, die die Rechte der Alliierten gewährleisten, daran vorgenommen werden. Laut „Daily Telegraph“ besteht die Möglichkeit, daß auf einer so abgeänderten Grundlage die anderen Alliierten geneigt sein werden, mit Deutschland ein Abkommen betreffs Lieferung von Waren abzuschließen. England habe zwar keine verwüsten Gebiete wieder aufzubauen, es brauche jedoch Bau- und elektrisches Material.

Eine Londoner Wolff-Meldung vom Donnerstag besagt: Die für gestern angekündigte Zusammenkunft des Kabinetts zur Behandlung der Reparationsfrage, an der auch Lord B'Wernan und Sir John Bradbury teilnehmen sollten, um der Regierung ihre Ansichten über diese Frage zu unterbreiten, wurde verschoben, weil das Kabinet durch die langen Beratungen mit den Staatssekretären in Anspruch genommen war. Die Reparationsfrage wird, wie gemeldet wird, heute behandelt werden.

Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ teilt mit, man sei jetzt der Ansicht, daß ein Moratorium nicht der beste Ausweg aus den Schwierigkeiten sei. Die Sachverständigen seien für eine langfristige Anleihe, die ausgeben werden sollte in der Form von Obligationen, die vom Völkerbund garantiert und in 30 oder 40 Jahren rückzahlbar wären. Man sei der Meinung, daß die Bezahlung der Reparationen durch solche Obligationen nicht den Nachteil haben würde, daß sie den Besetzern in Mitleidenschaft zöge. Dem Berichterstatter der „Westminster Gazette“ zufolge soll Deutschland auch Pläne für ein internationales Zusammenwirken beim Wiederaufbau Europas einschließlich Rußlands ausgearbeitet haben, denen die amerikanischen Bankiers zustimmend gegenüberstehen sollen.

Neuter berichtet, daß die bisherigen Erörterungen noch keine konkrete Form angenommen haben. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß augenblicklich darüber verhandelt wird, auf welche Weise Deutschland in die Lage versetzt werden könne, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, da die Ansicht vorherrsche, daß, bevor nicht die deutschen Finanzen auf eine richtige Grundlage gestellt würden, keinerlei Aussicht auf größere Reparationszahlungen bestehe. In britischen Finanzkreisen sei man der Ansicht, daß, wenn kluge Maßnahmen zur Reform der Finanzlage angenommen würden, und wenn diesen Maßnahmen genügend Zeit zu wirken gelassen werde, die Aussichten auf Reparationsleistungen durch Deutschland befriedigend seien. Andererseits wird gesagt, daß, wenn sofort neue Maßnahmen gegenüber dem Schuldner angewendet würden ohne Rücksicht auf seine Zahlungsfähigkeit und ohne Rücksicht darauf, daß die Staatsmaschine in Deutschland im Gang erhalten werden müsse, ein finanzielles Durcheinander und ein politisches Chaos sicher sei. Es werde — Neuter zufolge — darauf hingewiesen, daß dies von der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht genügend erkannt werde, obgleich die französischen Staatsmänner nicht blinder gegenüber diesen Gefahren seien als ihre Kollegen in London. Die Frage eines Vorstufes von Seiten der Londoner Banken zur Deduktion der Reparationszahlungen im Januar und Februar, der, wie allgemein angenommen wird, einer der Zwecke der Reise Rathenaus sei, hänge mit diesen in der Hauptsache zusammen. Wenn ein genügend großer Vorstuf nicht erreicht werde, so werde die Krise nur beschleunigt werden, während wenn der Vorstuf zustande komme, Zeit gewonnen würde, die finanzielle Lage zu unterziehen und — was von der größten Bedeutung sei — ein harmonisches Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Alliierten zustande zu bringen.

Laut Neuter besteht Grund zu der Annahme, daß Rathenaus bereits mehrere ingenuöse Pläne für ein System der Zahlung in Waren, die auf England, Belgien, Italien und Frankreich anwendbar seien, vorgebracht hat. Es wird mitgeteilt, daß die Londoner Reise von Stinnes nicht dieselbe Bedeutung habe

wie die Rathenaus. Die Kenner der Finanzlage Deutschlands unterstützen — Neuter zufolge — die von Churchill zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß, wenn Deutschland nicht von seinen Verpflichtungen befreit würde, es wesentlich sei, daß die Handelsmaschine anders wieder in Gang gebracht und die Finanzlage Deutschlands auf eine feste Grundlage gestellt werde.

Der Vertreter Englands im Reparationsausschuß, Bradbury, bestritt einem Redakteur des „Intransigent“ gegenüber, daß er seiner Regierung ein Remotandum überreicht oder eine Depesche geschickt habe, in der er ein Moratorium für Deutschland vorgeschlagen habe. Er habe auch wieder in London noch anderwärts eine Konferenz mit Dr. Rathenaus gehabt. Bradbury erklärte ferner, daß es Aufgabe der Reparationskommission sei, darüber zu wachen, daß Deutschland die vorgeschriebenen Zahlungen leiste. Nach dem letzten Besuch der Reparationskommission, der der Prüfung der Maßnahmen gegolten habe, die die deutsche Regierung getroffen habe, um die Zahlungen sicherzustellen, sei offiziös von der deutschen Regierung mitgeteilt worden, daß sie unfähig sei, zu zahlen, wenn sie keine ausländischen Kredite erhalte. Die Reparationskommission habe der deutschen Regierung 8 bis 10 Tage Zeit bewilligt, um Verhandlungen zu führen. Es sei möglich, daß die deutsche Regierung die Reparationskommission davon verständigen werde, daß sie diese Kredite nicht erhalten könne. In diesem Falle und wenn die deutsche Regierung immer noch der Ansicht sei, daß sie ohne Kredite nicht zahlen könne, glaube man, daß sie vielleicht Zahlungsausschuß verlangen werde. Aber es besteht die Möglichkeit, daß die deutsche Regierung unter gewissen Bedingungen die gesuchten Kredite erhalten werde. Unter diesen Umständen müßte die Reparationskommission prüfen, ob sie diese Bedingungen annehmen könne. Die Lage sei also so, daß er, Bradbury, seiner Regierung vertrauliche und mündliche Mitteilungen gemacht habe, damit sie ihre Haltung bestimmen könne, wenn gewisse Eventualitäten eintreten. Die Frage des Moratoriums könne nur gestellt werden, wenn die deutsche Regierung einen derartigen formellen Antrag bei der Reparationskommission stelle. Das sei bis jetzt noch nicht geschehen. Werde das Verlangen erfolgen, dann müsse die Reparationskommission es nach dem Wortlaut des Friedensvertrages in Betracht ziehen.

Savas meldet aus London unterm 1. Dezember: der wahrscheinlich heute zusammengetretene Kabinetrat wird die wichtige Frage zu lösen haben, ob die von Deutschland zu leistende Zahlung zum Fälligkeitstermin erfolgen soll, oder ob die englische Regierung ihren Alliierten ein Moratorium vorschlagen wird. Nach den letzten Nachrichten ist John Bradbury nach Paris gereist, wo er — wie man sagt — seine Kollegen in der Reparationskommission über die Frage der Reparationszahlungen auf dem Laufenden halten soll. Es verlautet, daß Rathenaus seinen Aufenthalt in London verlängere.

Nach dem Berichterstatter des Pariser „Journal“ betrachtet man die Gewährung des Moratoriums als eine geregelte Angelegenheit. Der Moratoriumsentwurf stammt von Lord B'Wernan, der das Reichskabinet vor mehreren Wochen davon verständigt haben soll. Er ziele darauf ab, zwischen Deutschland und England eine Interessengemeinschaft zu begründen, auf der sich später nicht nur eine Revision der Reparationsbestimmungen, sondern auch der Bestimmungen des Vertrages von Versailles selbst aufbauen werde. Man behaupte in Berlin, daß Rathenaus in England ins einzelne eingehende Vorschläge überreicht habe. England wäre gewiß geneigt, Sand in Sand mit der deutschen Industrie zur Ausbeutung Rußlands vorzugehen.

Der „Matin“ schreibt zu der Frage eines deutschen Moratoriums: Frankreich könne nicht zulassen, daß eine Zahlungsfrist ohne Kompensation, ein Moratorium ohne neue Pfänder bewilligt würde und daß eine englisch-deutsche Banktransaktion über die französischen Rechte und Interessen hinweg erfolge. Die französische Regierung werde die nächste Gelegenheit suchen, um sich mit Klarheit vor ihren Alliierten und der öffentlichen Meinung der Welt auszusprechen. In dem Artikel wird auch behauptet, daß der britische Delegierte, Bradbury, bereits innerhalb der Reparationskommission Vorschläge auf der Grundlage eines Moratoriums gemacht habe, die aber keine Mehrheit gefunden hätten.

Der Korrespondent des „Corriere della Sera“ berichtet aus Washington die Zustimmung Wisnians zur Aufnahme Deutschlands in die Vereinigung der Nationen habe einen sehr guten Eindruck gemacht. Die oft die Meinung Hughes wiederholende „Washington Post“ schreibt: „Es wird den Europäern schwer fallen, sich eine Konferenz vorzustellen, an der Frankreich und Deutschland freundschaftlich zusammenarbeiten. Dennoch muß sie rasch erfolgen. Die Vernunft der Menschen genügt, um dieses Ereignis zu ermöglichen.“

Arthur Rimbaud.

Von Will Scheller.

Zwei Gesichter scheinen den Leser des Buches „Arthur Rimbauds Leben und Dichtung“, übertragen von R. A. Ammer, eingeleitet von Stefan Zweig (Fischer-Verlag, Leipzig), anzuschauen, zwei Gesichter, unerbittlich in der trostigen Weisheit des einen, unerbittlich in der elastiischen Verdrängung des andern: das Gesicht eines Menschen von 10 aufreißerischem Lebensdrang, daß ihm Europa zu eng war und er Befriedigung in den Tropen suchte, nachdem er alles das über Bord geworfen hatte, wodurch ihm in der Heimat früher Ruhm erkauft war — das vollkommen ungewöhnliche seiner dichterischen Äußerung, deren Charakter aus dem anderen Antlitz fließt.

Arthur Rimbaud war ein Mensch, der mit siebenunddreißig Jahren eines jämmerlichen Todes starb, Krüppel und gelähmt an allen Gliedern, nachdem er in der wirtschaftlichen Kolonialpolitik Frankreichs eine sehr selbstherrliche Rolle gespielt und dabei seine Gesundheit tollends ruiniert hatte, eine Gesundheit freilich, die schon durch Ausschweifungen und Entbehrungen seiner europäischen Zeit angegriffen war. Es ist nicht zu entscheiden, wessen Eindruck stärker wirkt, der des Lebens oder der des Schaffens dieses außerordentlichen Menschen, der, fast ein Knabe noch, als ein gewaltiges Leuchtfeuer in die französische Literatur einbrach, um, bald überflüssig geworden der geistigen Manifestationen, nach Belgien, England, Deutschland, Schweden streifte, um in mannigfaltigen „Berufen“ seinen unerbittlichen Tätigkeitsdrang auszutoben, der ihn bis zum Ende nicht verlassen hat, ein Dämon von schrecklicher Gewalt.

Dieses Gesicht, jung und brutal, von tobenden Leidenschaften gezeichnet, in bösem Blick, wie es scheint, sein Wesen sammelnd, unbefriedigt, ohne Liebe, und daneben das eines Dichters, dessen Rang auch von der Nachwelt nicht bestritten wird, eines Dichters, der in jungen Jahren, ohne es zu wollen, Führer wurde einer ganzen künstlerischen Bewegung in der Lyrik, wie können sie Eigentum eines und desselben Menschen sein? Klaffen da nicht Widersprüche von unüberbrückbarer Gegenfälligkeit?

Es scheint wirklich so, scheint unauf löslich rätselhaft, angelehnt von Strophen, die, wie „Paisien“ etwa oder „Empfindung“, allgemein menschliche Gemütsbewegungen ebt und

rein und stark zum Ausdruck bringen, in einer Bildhaftigkeit zumal, die dem Symbol wärmstes Leben einhaucht. Dann aber machen sich, beispielsweise in „Sonne und Fleisch“, Regungen bemerkbar, die das rein Lyrische verdrängen zu tragen. Da zeigt sich eine Lust am Körperlichen, die ganz logisch zu einem Vergleich der Antike mit der Neuzeit führt, einem Vergleich, der zu ungunsten der letzteren ausfallen muß.

Da ist Rimbaud, der übrigens auch manches zeitgenössische Genetilde mit derdem, fast handlich zu nennenden Dummor zeichnet, ein laudator temporis acti von fähiger Entschlossenheit. Ihm, dem nationale Empfindungen keineswegs fremd sind, ist der Haß zu glauben, den er gegen die Lebensform des zweiten Kaiserreichs empfindet, und betätigt, die wüst lästernde Bezeichnung des pygäischen Napoleoniden und seiner militärischen Casareste. Der Anblick eines Offiziers lächerte Rimbaud noch auf dem Totenbett. Ja, ihm war die Gegenwart fatal und furchtlich, und da er ein Mensch war, den auch die edelsten Altväter, wie das Einträuchen ins Gedächtnis der Antike, enttäuschen mußten als allzu geistiges und viel zu wenig leidliches Gebaren, strömte seine dichterische Inbrunn, das Leben zu meistern, in Visionen tönischer Prägung aus, deren bekannteste, „Das trunfene Schiff“, zu den größt earteten Schöpfungen der französischen Dichtkunst gehört. Farben, Töne, Düfte spenden einen unerbörten Kauf, vor dem die Zeitgenossen kapitulieren, der aber keineswegs ausreichte, dem Dichter selbst Genüge zu tun, dem der größte Brüller Frankreichs, Verlaine, in flambischer Unterwürigkeit sich ergeben hatte.

Die gebundene Rede war seinem glühenden Willen zu eng, er sprengte ihre scheinbaren Fesseln und ergoß den Drang seiner Phantasie in Prosa-Gedichten, die schrankenlos das Chaos offenbaren, das im Inneren des Jünglings brodelte. Diese folgen „Ein Sommer in der Hölle“ und „Ereignisse“ sind es wohl, an die Remy de Gourmont gedacht hat, als er bezüglich Rimbauds schrieb: Il est souvent obscur, bizarre et absurde. De sincerité nulle, caractère de femme, de fille, nativement méchant et même féroce. Rimbaud a cette sorte de talent qui intéresse sans plaire. Er fesselt, ohne zu gefallen — wie der Mensch, dessen geistige Vagantenleben sich Aufmerksamkeit erzwingt, ohne Zustimmung hervorgerufen.

So sind es nicht zwei Gesichter, die dem Leser aus diesem „Leben und Dichtung“ von Arthur Rimbaud anblicken, sondern

eines, es gibt da keine Widersprüche, sondern alles ist von einem gemeinsamen Blickpunkt aus zu übersehen und zu begreifen. Ist es denn nicht durchaus konsequent, wie dieser Charakter von abnormer Willenskraft sich in der Kunstübung vom rein Lyrischen über die Reflexion zur Epik entwickelt und im dreißigjährigen Alter seines Lebens schließlich darauf beruht, ein Sonettwerk auszuüben, dessen Mittel seiner überaus großen Kraft zu schmal erscheinen? Ein Phänomen wie Rimbaud, das bereits vor einem halben Jahrhundert ein „Die Welt ist gut“ herauskünderte, ohne die Trägheit freilich, es zum politisch-literarischen Programm zu machen, ist nicht mit Begriffen wie Interesse und Gefühl abzumachen. Es ist ein Stück Menschheit in ihm, das Ehrfurcht erweckt.

R. A. Ammers Übertragung der Gedichte verdient meisterlich genannt zu werden, denn sie wirkt in der weitaus größten Zahl von Prüfungsfällen jeweils wie deutsches Original. Am so weniger ist zu verstehen, daß gelegentlich, wie gerade im „Teufelnen Schiff“, die verstärkliche Prägung, die dem französischen Text eben das mystische Überwältigende gibt, zugunsten einer ziemlich anarchischen Nachbildung gerichtet worden ist. Wenn Rimbaud im wahren Sinne des Wortes singt:

Et des lors je me suis baigné dans le poème
De la mer, infusé d'astres et latescant . . .

und Ammer verdeutscht:

Nun war ich ganz im Gedichte des Meeres versunken,
In dessen Tiefe das Leuchten der Sterne glimmt . . .

so ist da wohl der sogenannte Sinn getroffen, aber der ursprüngliche, schöpferische Rhythmus nicht gewahrt, was in den anschließenden Versen sogar bis zum Verschleiden ganzer Einzelheiten des Zeitmaßes geht. Es darf jedenfalls bezweifelt werden, daß solche Eingriffe berechtigt sind — Eingriffe, die allerdings bei ihrer Vereinzelnung nicht geeignet erscheinen, wesentliches am Gesamtgedank zu ändern. Dieser ist, wie gesagt, der einer durchaus adäquaten Vermittlung, welche nicht nur als solche, sondern auch an sich, gewissermaßen als deutsche Dichtung zu wirken Anwartschaft besitzt. Und dies um so mehr, als ein bedeutender Charakter wie der darin verfangene ja nicht so sehr durch seine Eigenschaften als durch sein Schicksal zu bewahren ist, dem gegenüber alles Alltägliche, Bürgerliche aus seinem Leben belanglos erscheint.

Die französische Auffassung.

Aber die Auffassung, der die neuen Vorschläge in der Reparationsfrage in Frankreich begegnen, berichtet der Pariser Korrespondent der „Frk. Ztg.“ unterm 30. November folgendes:

In der Frage des Deutschland zu gewährenden Moratoriums hat sich in der öffentlichen Meinung Frankreichs seit gestern ein unverkennbarer Umschwung vollzogen. Die Blätter sind zwar noch immer sehr zurückhaltend in ihren Äußerungen. Sie halten England die großen Gefahren vor Augen, in die Frankreichs Finanzlage durch eine auch nur zeitweise Aussetzung der deutschen Zahlungen laufe. Auch an sonstigen Vorbehalten und scharfen Kritiken fehlt es nicht, aber von einer Ablehnung des Braburghschen Vorschlags, wie ihn die „Daily Mail“ gestern mitgeteilt hat, ist in keinem der großen Blätter mehr die Rede. Dieser Umschwung findet seine Erklärung darin, daß man in Frankreich sich nicht länger verhehlen kann, daß innerhalb der Reparationskommission ein entsprechender englischer Antrag eine Mehrheit finden werde, und daß in diesem Falle entgegen den von einigen Blättern voreilig in die Welt gesetzten Behauptungen ein Beschluß auch ohne und gegen die Zustimmung Frankreichs zustandekommen kann. Der § 13 des Anhanges 2 zu Teil 8 des Friedensvertrages erfordert Einmütigkeit bei eventueller Zahlungsstundung nur, wenn es sich um eine völlige oder teilweise Aufgabe der zwischen dem 1. Mai 1921 und Ende 1926 fällig werdenden Zahlungen über das Jahr 1930 hinaus oder bei Zahlungen nach 1926 um eine Stundung von länger als drei Jahren handelt.

Man beginnt in Frankreich einzusehen, daß für England, dessen wirtschaftliche Krise in dem Ausfall des deutschen Marktes eine ihrer Hauptursachen hat, die Stabilisierung des deutschen Marktes eine Lebensfrage ist und daß, da auch andere Alliierte sich sehr entschieden für die von England vorgeschlagene Lösung einsetzen, eine rein negative Obstruktion völlig ausreicht sein würde. Es läßt sich deshalb heute bereits erwarten, daß Frankreich innerhalb der Reparationskommission einen englischen Antrag auf Gewährung eines Moratoriums zwar grundsätzlich bekämpfen wird, daß aber sein Widerstand prinzipieller Natur sein wird, und daß seine Politik vor allem darauf eingeleitet wird, gewisse Garantien und Sicherheiten zu erhalten. In diesem Zusammenhang gewinnt eine Meldung des Londoner Korrespondenten des „Temps“ besondere Bedeutung, wonach man sich in englischen Finanzkreisen darüber klar sei, daß Frankreich nicht ohne weiteres geneigt werden könne, sich mit der Änderung des Londoner Zahlungsplanes abzufinden. Deshalb gebe in London die Meinung dahin, daß das Moratorium sich nur auf die Verzinsungen beschränken solle, daß die Sachleistungen, wie sie im Wiesbadener Abkommen vorgesehen sind, dafür in vollem Umfang ausgeführt werden müßten. Auch der Vorschlag der Annulierung der Schuld der Alliierten untereinander laufe in dieser Richtung. Lord George sei der Ansicht, daß es im Interesse der wirtschaftlichen Wiedererholung der ganzen Welt unerlässlich sei, alle aus dem Kriege resultierenden finanziellen Verpflichtungen einschließlich der deutschen Reparationsschuld, soweit diese über den für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erforderlichen Betrag hinausgehen, aus der Welt zu schaffen.

Joubaux über Deutschlands Erfüllungswillen.

Der erste stellvertretende Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der französische Sozialistenführer Joubaux, der als Mitglied der von der internationalen Arbeiterkonferenz gebildeten Kommission zum Studium der deutschen Industrieerwerbe die Studienreise durch Deutschland mitgemacht hat, erklärte einem Mitarbeiter der „Röschischen Zeitung“ über den von der Kommission gewonnenen Eindruck u. a.: Er habe die Überzeugung gewonnen, daß in allen Werken, die er besucht habe, die Bestimmungen und Vorschriften des Friedensvertrages loyal und vollkommen erfüllt sind. Nach seiner Ansicht sind die Forderungen der internationalen Kontrollkommission zum mindesten überflüssig. Eine zuverlässige Sicherheit gegen die Erneuerung der Produktion von Kriegsmaterial könne schließlich durch technische Änderungen allein geboten werden. Die beste Garantie liege in der Entschlossenheit der Arbeiterschaft, sich jeder unerlaubten Herstellung von Kriegserzeugnissen zu widersetzen. — Die Annahme der letzten Vorschläge der britischen Regierung an die Vorkonferenz über den Abbau der militärischen Sanctionen am Rhein und die Beschränkung der Überwachungskommission werde nach Ansicht Joubaux einen gewaltigen Fortschritt auf dem Wege der Entspannung bedeuten.

Das Reichskabinett

Hat sich in der vorgestrigen Nachmittagsitzung mit dem Entwurf des Gesetzes zur Anpassung des Strafgesetzbuches an die veränderten verfassungsrechtlichen Verhältnisse befaßt. Die Beratungen darüber sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Außerdem wurde über eine Reihe von Angelegenheiten beraten. Für die vom Reichstanzler angeregte Sechserkommission zu den Verhandlungen mit amerikanischer und englischer Finanzkreisen wurden von Seiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie die Herren Bücher, Silberberg u. Direktor Krümer ernannt. Die Kommission wird weiterhin aus dem Reichsbankpräsidenten Hadenstein und je einem Regierungs- und Arbeitervertreter bestehen.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei

in Stuttgart faßte folgende Entschlüsse:

1. Der Parteitag billigt die Ausführungen der Abgeordneten Dr. Stresemann und Dr. Kahl und spricht den Fraktionen der Deutschen Volkspartei im Reichstag und preussischen Landtag sein volles Vertrauen aus. (Gegen eine Stimme angenommen.)
2. Der Vertretertag erwartet, daß die Reichstagsfraktion jedem Versuch, an der Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit und der gleichmäßigen Ausbildung der Richter zu rütteln, entschieden Widerstand leisten wird.
3. Der Parteitag ersucht den Reichstag, sich mit aller Macht dafür einzusetzen, daß die Gegenliste schnellstens veröffentlicht wird und
4. Der Parteitag ersucht die Parteileitung, unverzüglich Schritte zu tun, um die Bildung eines unparteiischen Ausschusses zu erwirken, der sich die Errichtung eines Denkmals für Oberösterreich und die übrigen uns entzogenen Gebiete zur Aufgabe macht.

Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten

Hielt vom 24.—26. November in Berlin ihren ersten außerordentlichen Gewerkschaftstag ab. Es waren 136 Vertreter der angeschlossenen Postverbände erschienen, die 255 000 Mit-

glieder vertreten. Mit Ausnahme der höheren Beamten sind hier alle organisierten Post- und Telegraphenbeamten zusammengefaßt.

Reichspostminister Giesbert begrüßte den Gewerkschaftstag und wünschte den Beratungen vollen Erfolg. Er sprach sich offen gegen eine Entstaatlichung der Verkehrsbetriebe aus. Die Auslieferung der Verkehrsbetriebe an die Privatwirtschaft ist für den demokratischen Staat ausgeschlossen. Bei den Klagen über die Defizitwirtschaft und das mangelhafte Funktionieren der Verkehrsbetriebe dürfe doch nicht außer Acht gelassen werden, daß der lange Krieg die Betriebe völlig heruntergewirtschaftet habe. Die Aufrechterhaltung des Verkehrs wesens sei nur durch äußerste Spargänge des Personals ermöglicht worden. Auch der neue Staat sei auf die strengste Pflichterfüllung des Beamten angewiesen. Öffentlich werde überall das gesunde soziale Empfinden in der Liebe zum Volke und zur Heimat zum Durchbruch kommen und die gemeinsamen Grundlagen gefunden werden, auf denen ein neues Deutschland entstehen könne.

Der Gewerkschaftstag nahm folgende Entschlüsse an:

1. „Der erste außerordentliche Gewerkschaftstag der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten lehnt jeden Plan einer Überführung der Verkehrsbetriebe in die Reichspost- und Telegraphenverwaltung in privater Besitz einmütig und mit aller Entschiedenheit ab, weil ihrer Auslieferung an privates Verfügungsgewalt zwingende Staatsnotwendigkeiten entgegenstehen. Die Verlustwirtschaft der Verkehrsbetriebe ist im wesentlichen in dem Raubbau der Kriegszeit begründet und wurde durch die dauernde Steigerung der Material- und Personalkosten vermehrt, da die Tarifsteigerungen mit der Teuerung nicht Schritt gehalten haben. Die gewerkschaftlich geeinte Post- und Telegraphenbeamtenchaft ist bereit, die Reichsregierung mit allen Kräften bei der Erhaltung und dem Ausbau der Verkehrseinrichtungen zu unterstützen, um den höchsten Grad von Leistung und Wirtschaftlichkeit zu erlangen.“

2. „Der erste Gewerkschaftstag stellt fest, daß die vor kurzem erfolgte Neuregelung der Beamteneingehälter den berechtigten Forderungen der meisten Beamten nicht gerecht wird; insbesondere weist er auf die planlose Abstufung zwischen den Besoldungsgruppen hin und berurteilt die Absicht, die höheren Beamten von den übrigen Beamten auffällig abzuheben. Der Gewerkschaftstag fordert daher eine sofortige Neuregelung der Grundgehälter, um die Gehälter der Besoldungsgruppen 1—10 an die der höheren Gruppen anzuleichen.“

Außerdem ist die beschleunigte Anpassung der Beamteneingehälter an die Preisentwicklung sicher zu stellen.

Vorab sind durch starke Erhöhungen der Teuerungszuschläge unter besonderer Berücksichtigung der gering besoldeten Beamten der Beamtenschaft die in der gegenwärtigen Wirtschaftslage notwendigen Mittel zur Existenzhaltung zu verschaffen.

Der Gewerkschaftstag verlangt ferner, daß bei allen Verhandlungen auf Besoldungsneuregelung künftig gleichzeitig die Dienstbezüge der im Vorbereitungsdienst befindlichen Beamtenanwärter neu geregelt werden.“

Aus den weiteren Forderungen sei noch besonders hervorgehoben die beschleunigte Gewährung eines den Wünschen der Beamten gerecht werdenden Beamteneingehaltsgesetzes und ein modernes Reichsbeamtengesetz.

Kurze polit. Nachrichten.

DZ. Rückgang der ausländischen Devisen hat an der gestrigen Berliner Börse fast zu einer Katastrophe geführt. Der stark gestiegene New Yorker Markt rief sämtliche ausländischen Devisen in die Tiefe. Man kann dies am besten aus einem Vergleich ersehen. In der Berliner Börse wurden 100 Schweizer Franken am 28. November noch mit 6210 M. bezahlt, während sie gestern (1. 12.) schon für 8860 M. zu haben waren. Der Dollar kostete am 28. 11. 274 M., gestern 190 Mark, 100 holländische Gulden 9800 M., gestern 6700 M., 100 belgische Franken 1894 Mark, gestern 1300 M., 100 französische Franken 1920 M., gestern 1410 M. Nicht minder haben die anderen Neutralen eingebüßt, 100 schwedische Kronen, die wir ja sehr viel brauchen, kosteten am 28. November 6475 Mark, gestern nur noch 4440 M., 100 dänische Kronen 5075 M., gestern nur noch 3500 M. Die Mark in Zürich hat sich gestern stabil gezeigt. Sie ist von 2,40 in der Frühbörse, auf 2,55 in der Abendbörse gestiegen. Mit der einseitigen Gauspekulation in den Devisen ist es also nichts gewesen.

* Teuerungsunruhen in Wien. Gestern nachmittag kam es in Wien zu großen Arbeiterkundgebungen wegen der Teuerung. Kaufende von Arbeitern zogen vor das Parlament und besaßen sich sodann in die inneren Stadtteile, wo es vor einer großen Anzahl von Kaufhäusern und Geschäften zu Demonstrationen kam, in deren Verlauf viele Geschäfte fast vollständig ausgeplündert wurden. Die meisten Großbetriebe haben die Arbeit eingestellt. Die Zahl der Streikenden beläuft sich vorläufig auf 20 000, dürfte sich aber noch vergrößern. Die Gewerkschaftsorganisationen und das Parlament verhandeln mit den Streikenden. Die Nachricht von einem Generalstreik ist aber verfrüht.

Badische Uebersicht.

Zum Vollzug des Wohnabgabegesetzes.

Das Staatsministerium hat unterm 21. November eine Verordnung zum Vollzug des Wohnabgabegesetzes erlassen. Danach sind die Gemeinden, die nach der Volkszählung vom 1. Oktober 1919 nicht mehr als 10 000 Einwohner hatten, innerhalb der Amtsbezirke zu einem Gemeindeverband (Wohnungsverband) zusammengeschlossen. Nicht zu einem Wohnungsverband gehören also die Städte Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Forstheim, Seidelberg, Konstantz, Baden, Offenburg, Bruchsal, Durlach, Lörrach, Weinheim, Lahr, Billingen, Rastatt und Singen. Organe des Wohnungsverbandes sind die Bezirksversammlung, der Bezirksausschuß und der Bezirksverwaltungsbeamte. Die Bezirksversammlung besteht aus den Bürgermeister der Verbandsgemeinden, außerdem aus den Stabsältern der abgeordneten Gemarungen von über 50 Einwohnern. Der Bezirksausschuß besteht außer dem Vorsitzenden aus 4 bis 7 Mitgliedern; innerhalb dieser Grenzen bestimmt die Zahl der Mitglieder die Bezirksversammlung, die den Bezirksausschuß jeweils auf die Dauer von 4 Jahren zu wählen hat. Ihm obliegt die Vertretung des Verbandes und die Verwaltung seiner Angelegenheiten.

Die Bezirksversammlung hat zu beschließen über die Aufnahme von Anleihen, die Aufstellung des Voranschlags, die Erhöhung des Hundesteuer der Zuschläge zur Wohnabgabe, ferner über den Zusammenschluß mit einer verbandsfreien Gemeinde nach § 9 des Ausführungsgesetzes und endlich über die Prüfung der Jahresrechnung des Verbandes. Die Verhandlungen der Bezirksversammlung sind öffentlich, soweit

nicht Rücksichten auf das Wohl des Verbandes oder des Staates oder berechnete Ansprüche Einzelner entgegenstehen.

Öffentlich dagegen sind die Sitzungen des Bezirksausschusses, der vom Bezirksverwaltungsbeamten einberufen wird, so oft es die Geschäfte erfordern, oder wenn die Hälfte der Mitglieder es verlangt. Die Mitglieder beider Körperschaften sind ehrenamtlich tätig. Die Mitglieder der Bezirksversammlung erhalten jedoch von ihren Gemeinden Tagesgebühren und Ersatz der Reisekosten nach Maßgabe der Gemeindegebühreneordnung. Die Mitglieder des Bezirksausschusses erhalten vom Verband eine Entschädigung für Zeitaufwand und Verdienstaussfall nach den für Bezirke geltenden Vorschriften.

Der Bezirksverwaltungsbeamte hat die in § 7 des Ausführungsgesetzes bestimmten Rechte und Pflichten. Er zieht die Beamten des Bezirksamtes, insbesondere den Bezirksbaukontrollen und die Rechnungsbeamten zur Beforgung der Geschäfte des Verbandes heran. Dienstfreistellen trägt die Staatskasse, sachliche Amtskosten der Verband.

Der Bezirksverwaltungsbeamte soll spätestens im Laufe des Januar den Entwurf des Voranschlags für das nächste Rechnungsjahr dem Bezirksausschuß vorlegen. Das Rechnungsjahr beginnt mit dem 1. April und schließt mit dem 31. März, das erste Jahr umfaßt die Zeit vom Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes bis zum 31. März 1922. Der Bezirksausschuß soll im Laufe des Februar den Voranschlag an die Bezirksversammlung leiten, die ihn im März feststellen soll. Eine Abschrift des Voranschlags ist der Staatsaufsichtsbehörde unmittelbar nach der Feststellung vorzulegen.

Die Rechnung über den Verbandshaushalt im abgelaufenen Rechnungsjahr und die Nachweisung über den Vermögensstand ist bis zum 1. Oktober dem Bezirksausschuß vorzulegen. Nach weiterer Prüfung durch die Bezirksversammlung ist die Rechnung der Staatsaufsichtsbehörde zur Kenntnis zu bringen. Die Genehmigung des Staatsministeriums ist notwendig zu den Beschlüssen der Wohnungsverbände und Gemeinden über die Erhöhung der Zuschläge zur Wohnabgabe. Die Staatsgenehmigung zur Aufnahme von Anleihen und zum Zusammenschluß mit einer verbandsfreien Gemeinde erfolgt durch das Arbeitsministerium im Benehmen mit dem Ministerium des Innern.

Staatsaufsichtsbehörde ist der Landeskommissär. Die Landeskommissäre sind zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wohnungsverbandes berechtigt; sie müssen auf Verlangen jederzeit gehört werden, haben aber kein Stimmrecht. Oberste Landesbehörde im Sinne des Wohnabgabegesetzes ist, soweit nach dem Ausführungsgesetz und dieser Verordnung nicht das Staatsministerium zuständig ist, das Arbeitsministerium. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrshemmnisse.

Wegen Bauhandwerkerstreiks ist Annahme von Eis- und Frachtgutwagenladungen nach Oberrhein gestoppt. Zugelassen sind nur Lebensmittel, Brennstoffe und Düngemittel.

DZ. Die Kartoffeltransporte. Von zuständiger Seite wird darauf aufmerksam gemacht, es liege kein Grund zu Befürchtungen vor, daß die auf der Eisenbahn unterwegs befindlichen Kartoffeltransporte erstickern würden. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten, die teilweise zu Verkehrshemmnissen führten, wurde nichts veräumt, um die Kartoffeltransporte raschstens ihren Bestimmungsorten zuzuführen, indem man die in den Zügen laufenden Kartoffeltransporte zusammenstellte und in besonderen Durchgangszügen zusammenstellte. Auch wurden Kartoffeltransporte über gesperrte Leitungen abtransportiert. Schließlich ist auch bekannt, daß in erster Linie Wagen für Kartoffeln vor allen anderen Gütern gestellt worden sind.

DZ. Die Erfolge der Waldkolonie Gitzberg. Aus einem Bericht des Professors Dr. Koegerath, des Direktors der Universitätskinderklinik Freiburg, geht hervor, daß auf dem Gitzberg im Jahre 1921 40 Knaben und 32 Mädchen zwischen 4 und 8 Jahren tagsüber einen Erholungsurlaub von 6 bzw. 12 Wochen genossen haben. Die Wetterlage war sehr günstig. Die Ernährung war infolge der Quaderhilfe ebenfalls sehr günstig. Die Ergebnisse sind dieses Jahr besser als im vorigen. Damals hatte die größte Gewichtszunahme bei den Kindern 4 Pfund, diesmal 11 Pfund betragen, die Längenzunahme 2 Zentimeter, diesmal 3,5 bis 4,7 Zentimeter. Die Kolonie blieb von ansteckenden Krankheiten verschont. Das strenge System der Auswahl und die regelmäßige ärztliche Überwachung der Kinder haben sich aufs beste bewährt.

DZ. Rastatt, 1. Dez. Die Handelsgesellschaft Rastatt und die Ortsgruppe des badischen Einzelhandels stimmten einstimmig der Annahme der Teuerungszulagen der Angestellten für Oktober und November zu, lehnte jedoch eine Nachforderung für November ab. Der 2-Prozentige Kollisionszuschlag der amtlichen Güterbesitzer, der seit 15. November in Wirksamkeit getreten ist, wurde als berechtigt anerkannt. Außerdem wurde der Bau einer neuen Güterhalle in der Nähe der Waggonfabrik gutgeheißen, der alsbald begonnen werden soll. Betreffs Eröffnung der Bahn nach dem Elßah hat der Gemeinderat ein Ausfuhrverbot von der Regierung verlangt und auch zugestimmt erhalten.

DZ. Freiburg i. B., 1. Dez. Heute nachmittag gegen 1 Uhr entgleiten bei Krozingen während des Landverkehrs 3 bis 4 Wagen des Güterzuges 8451. Die Wagen kamen quer über die Gleise zu stehen, wodurch die ankommenden Züge am Weiterfahren behindert wurden zum Teil erhebliche Verspätungen erlitten. So konnte der Schnellzug D 22 Basel erst nach 3 Stunden die Strecke wieder passieren. Die Verspätung bei den anderen Zügen war ebenfalls entsprechend groß. Glücklicherweise kamen Menschenleben bei dem Unfall nicht zu Schaden. Gegen 3 Uhr war ein Gleise geräumt, gegen 5 Uhr waren die ganzen Gleise wieder passierbar.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Mietzinskommission.

Wir erhalten folgenden Bericht mit der Bitte um Abdruck: In der Sitzung der Mietzinskommission vom 30. November mußte wegen Verhinderung des Vorsitzenden Einsender die Leitung der Verhandlung übernehmen. Die Beratung über die aus den Mieten zu deckenden Betriebskosten wurde fortgesetzt. Als solche werden nach wie vor die Ausgaben für Feuerversicherung, Haftpflicht- und Wasserhadenversicherung, Anzeiger- und Wasserzins, Schwemmgeldern, Grundentlastung, Schornsteinreinigung, Gehweg- und Straßenreinigung, elektr. Treppenhauselektifizierung, Warmwasserbereitung und Heizung angerechnet werden. Der Antrag der Hausbesitzer, auch die Entwässerungskosten, d. h. die Kosten der regelmäßigen Reinigung der Einlässe und die Gebühren für Desinfektion der

...fortzuziehen, fand keinen Anklang, vielmehr wurde beschlossen, darauf zurückzukommen, falls die festzusetzenden Instandhaltungskosten nicht auch zur Deckung dieser Kosten ausreichen. Aber auch der Antrag der Mietervertreter, die Kosten der Haftpflichtversicherung zu streichen, wurde abgelehnt, da sie immerhin zu den Lasten des Hauses zu rechnen sind und unter Umständen auch den Mietern zu Lasten kommen, wenn sie selbst Ersatz eines Schadens verlangen, für welchen der Hausbesitzer haftpflichtig ist. Neu eingefügt werden die Müllabfuhrgebühren.

Eine längere Erörterung veranlaßte die Frage, ob auch die Wohnabgabe aufzunehmen sei. Ihre Minderhebung von den Mietern ist im Gesetz geregelt. Die einen wollten sie aus der Mietzinsberechnung gänzlich ausschließen haben, weil sie in Ansehung der Forderung auf Minderertrag bei Unbeibringung und des Vermieterpfandrechts eine besondere Behandlung erfahren. Die anderen wollten sie in die Berechnung aufnehmen, weil sie nach dem Gesetz gerade so auf die Mieter umzulegen sind, wie die Betriebskosten. Daß die Forderung des Hausbesitzers mit dem Vermieterpfandrecht ausgestattet ist, ergibt sich zwar aus § 559 BGB; trotz öffentlich-rechtlichen Ursprungs ist die privatrechtliche Forderung des Hausbesitzers auf Minderertrag eine solche „aus dem Mietverhältnis“. Weil aber der Vermieter diese Wohnabgabe, nicht wie die sonstigen Betriebskosten, erst im nächsten Rechnungsjahr, sondern sofort erheben kann und wegen des Nachweises der Nichtbeibringung als Voraussetzung der Ershaforderung gegen die Gemeinde beschloß man, die Wohnabgabe in der Mietzinsberechnung, jedoch getrennt von den Betriebskosten, anzuführen. Die Aufnahme einer besonderen Mißloprämie für ausfallende Mieten wurde abgelehnt, weil schon in der Grundmiete von 6 Prozent inbegriffen.

Hierauf beriet man über die Höhe der Instandhaltungskosten. Hier waren für 1,75 v. H. des Steuerwerts vorgesehen. Herr Mele erklärte, jeder Erhöhung die Zustimmung zu versagen, während Herr Bisset darlegte, daß mit diesem Satz heute nicht auszukommen sei, daß die Kosten der Instandhaltung derart gestiegen seien, daß der Satz erheblich erhöht werden müßte; er beantragte eine Staffelung nach dem Alter der Häuser, 3 v. H. für Häuser von einem Alter bis zu 10 Jahren, 4 v. H. für Häuser, welche bis zu 50 Jahre alt sind, 5 v. H. für ältere Häuser. Herr Schwall erläuterte, daß 3 v. H. für Instandhaltung eingestuft werden müßten.

Herr Stadtrichter Reumum wies auf die Praxis des Mietminderungsamts hin, sich auf Antrag vom Vermieter den Nachweis erbringen zu lassen, daß die angelegte Instandhaltungsquote auch wirklich für diesen Zweck aufgewendet worden sei, eventuell die Mietsteigerung zu versagen. Die Erörterung, an welcher sich namentlich Herr Stadtrat Braun beteiligte, ergab, daß zunächst die Frage zu beantworten sei, wie die tatsächliche Verwendung der betr. Quote gesichert werde, nachher erst ihre Höhe. Herr Stadtrat Kühn bezweifelte die Möglichkeit einer Staffelung und befürwortete einen einheitlichen Satz, während der Vorsitzende das wiederholte Auftreten dieser Forderung und die Möglichkeit ihrer Durchführung betonte. Herr Bürgermeister Schneider erachtete eine Staffelung nicht als nötig, weil bei den alten Häusern, deren Steuerwert im Gegensatz zu den neueren in der Regel höher sei, als die Instandhaltungskosten, die Grundmiete entsprechend höher sei. Herr Oberbürgermeister Dr. Finter regte an, ob nicht der Grund- und Hausbesitzerverein den Vorschlag machen sollte, daß die Mietparteien das Mietminderungsamt ermächtigen, bei Säumigkeit des Vermieters als Schiedsgericht darüber zu entscheiden, daß die nötigen Instandsetzungen durch den Grund- und Hausbesitzerverein für Rechnung der Säumigen vorzunehmen

seien. Um nicht eine große Verwahrlosung der Häuser und Mietwohnungen einzutreten zu lassen, also auch im Interesse der Mieter, wird eine Heraussetzung der Instandhaltungskosten auf wenigstens 3 v. H. nicht zu vermeiden sein. Es ist zu hoffen, daß die Beratungen mit der nächsten Sitzung zum Abschluß kommen.

Karlsruher Chorgemeinschaft. Einen für die Pflege ernstlicher Chorarbeit in Karlsruhe äußerst wichtigen Entschluß haben der Bachverein, der Karlsruher Lehrergesangverein und der Motettenchor gefaßt. Von der Überzeugung geleitet, daß unter den heute abwaltenden, der Kunst wenig günstigen Verhältnissen nur ein vereintes Streben nach den hohen Zielen Erfolg verspricht, haben sich die drei genannten Vereine zusammengeschlossen, um unter ihrem gemeinsamen Leiter, Herrn Professor Heinrich Kaspar Schmidt, ihre Chorkonzerte zu geben, die der Aufführung großer Oratorien einerseits und der capellenmäßigen andererseits gewidmet sein sollen. Als Oratorien-Aufführung ist eine würdige Wiedergabe von Händels gigantischem Chorwerk „Israel in Ägypten“ für Ausgang des Winters geplant. Am 25. Januar 1922 wird ein capellenkonzert eine Auswahl aus dem reichen Schatze der reinen Chorarbeit des 16.-17. Jahrhunderts bringen, neben einem bedeutenden Bachschen Instrumentalwerke. Außerdem hat der künstlerische Leiter mehrere musikalische Sonderdarbietungen in Aussicht gestellt, zu denen die aktiven und passiven Mitglieder des Bachvereins und des Motettenchors, sowie die bei den Chorkonzerten der Gemeinschaft mitwirkenden aktiven Mitglieder des Lehrergesangvereins freien Eintritt haben.

Die Jubiläumsausstellung von Geflügel aller Rassen ist jetzt eröffnet, nachdem der Meldetermin geschlossen. Die Ausstellung wird gegen 700 Nummern umfassen, eine Zahl, die nicht so leicht in einer lokalen Ausstellung erreicht wird. Die Sonderchau der Hühnerabzucht wird 70 Nummern, der Züchter des Sundeimer Huhnes über 50 Nummern, der Brieftauben 120 Nummern aufweisen; ihnen schließen sich an die Taubenzüchtervereinigung mit 30 Nummern und die Bhandelzüchter mit 30 Nummern. Es werden, da manche Nummer aus 2-3 Tieren besteht, nahezu 1000 Tiere zur Stelle sein. Es wird daher mit dieser Ausstellung, welcher zugleich die 2. Gaugausstellung angegliedert ist, den Besuchern ein prächtiges Bild abgeben werden, so daß ein Besuch sich voll lohnen wird. Die offizielle Eröffnung der Ausstellung findet am Samstag vormittags 11 Uhr in der Städtischen Ausstellungshalle statt.

Badische Gemeindefchau.

DZ. Überlingen, 1. Dez. In der letzten Gemeindefratssitzung sprach sich der Gemeindefrat gegen die Genehmigung des Kaufes des Andelschloßer Weikers durch zwei Privatleute aus. Der Gemeindefrat erklärte sich im wesentlichen mit den Bedingungen der Borgenehmung des Wasserfahrprojektes der Stadt Überlingen einverstanden. Mehrere streikende Gemeindefräte haben erklärt, daß sie die Sitzungen wieder besuchen, wenn der Bürgermeister nicht anwesend sei. Der Gemeindefrat lehnte es ab, zu einem solchen Vorgehen die Hand zu bieten. Er verlangt, daß von derartigen Versuchen in Zukunft Abstand genommen werde.

DZ. Waldkirch, 1. Dez. Der Vorschlag der Stadtgemeinde Waldkirch für das Rechnungsjahr 1921/22 schlägt in Einnahmen mit 2 402 160 M. ab, in Ausgaben mit 3 035 742 M. Der Fehlbetrag von 633 582 M. ist durch Umlage zu decken; für den Fehlbetrag ergibt sich eine Umlage von 3 Mark.

DZ. Mannheim, 1. Dez. Gestern fand hier eine Professorensammlung von Mitgliedern einer Reihe von Organisationen der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, soweit sie den Gehaltsgruppen 1-7 angehören, statt. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der verlangt wird, daß der Deutsche Beamtenbund unbegünstigt Schritte bei der Reichsregierung unternimmt, um eine Besserstellung der Bezüge herbeizuführen, damit die Beamten nicht der völligen Verelendung preisgegeben werden. Noch vor Weihnachten müsse eine größere Abschlagszahlungssumme ausbezahlt werden.

Literarische Neuerscheinungen.

Georg Girth: Ein deutscher Publizist. Von Franz Carl Endres. Verlag von Walter C. F. Girth, München. Freunden Georg Girths wird dieses Buch eine willkommene Gabe sein. Der Verfasser selbst ist begeisterter Verehrer des verstorbenen Publizisten, der auf das künstlerische, geistige und politische Leben der bayerischen Hauptstadt — und nicht nur dieser allein — tiefen Einfluß geübt hat. Er geht den Ansichten, dem Denken und Streben Girths im einzelnen nach und sucht das Wesen des scharfen, temperamentsvollen Kämpfers und glühenden Idealisten in gedrängter Zusammenfassung zu schildern. Daß sich der Paragraf dabei im Allgemeinen auf die Seite Girths stellt, liegt in der Natur dieses vor allem für die Freunde und Verehrer des Verstorbenen der weiten Kreise vor allem als Gründer der „Jugend“ bekannt ist, bestimmten Buches. Doch beschränkt sich Endres nicht darauf, das Schaffen und die Absichten des Journalisten Girth und sein Verhältnis zur Kunst, Politik und Kultur zu erörtern, sondern er weist auch mit Nachdruck auf das persönliche und naturwissenschaftliche Lebenswerk des Verstorbenen hin.

Ernst Chadleton, Im sechsten Erdteil. (Band 18 der Sammlung „Reisen und Abenteuer“.) 160 Seiten mit 22 Abbildungen und 2 Karten. Brockhaus, Leipzig, 1922. Gebunden 12 Mark. Der Zauberschritt des ewigen Eises fesselt alle großen Polarforscher. Man braucht nur an Nanzen, Amundsen, Kapitän Scott und nicht zuletzt an Sir Ernest Chadleton zu erinnern. Chadleton ist jetzt zum vierten Male auf der Reise in die ewigen Gefilde um den Südpol begriffen. Dreimal haben ihn die Elemente um das Glüd betogen, das Ziel ganz zu erreichen. Außerordentlich spannend ist seine Schilderung in seinem soeben erschienenen Werk „Im sechsten Erdteil“ (geb. 12 M.), das Band 18 der wohlbekanntesten Sammlung „Reisen und Abenteuer“ (Leipzig, Brockhaus) bildet. Das Buch ist reich mit Bildern nach ausgezeichneten Photographien und mit guten Karten ausgestattet. Es vermag jung und alt zu fesseln, weil die vielen abenteuerlichen Erlebnisse lebenswahr geschildert sind.

Staatsanzeiger.

Das Estnische Konsulat in Berlin betr.
Die estnische Regierung hat Herrn Karl Zepf zum estnischen Konsul für das Deutsche Reich mit dem Amtsbüro in Berlin bestellt. Der Genannte wird hiermit zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden einwilligend zugelassen.
Karlsruhe, den 1. Dezember 1921.
Badisches Staatsministerium.
Ministerialabteilung für Bräufialfachen,
Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.

Badisches Landestheater.

Samstag, 3. Dez. 6^{1/2}, bis nach 10 Uhr. Mk. 20.00.
Th.-G. B.V.B. Nr. 1451-1650 und alle Nr. über 3400.

Die Wildente.

Im Landestheater. So. 4. Zum ersten Male. Der Schatzgräber. Oper in einem Vorspiel, vier Aufzügen und einem Nachspiel von Franz Schreker. 5. (40.00.) — Mo. 5. Literarische Abendfeier. Das deutsche Mittelalter. 7^{1/2}. (12.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301-800 — Die 6. Martha. 7. (30.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1-300. — Mi. 7. Volksbühne. A 5. Der Troubadour. 7. (30.00.) — Do. 8. Russischer Komödienabend. Die Spieler. Die Klissen der Seele. Der Heiratsantrag. 7. (20.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1851-1850, alle Nummern über 3400. — Fr. 9. Der Schatzgräber. 5^{1/2}. (30.00.) — Sa. 10. II. Abend im Kammerspiel-Zyklus. Zum ersten Male. Rausch. Komödie in vier Akten von August Strindberg. Verdeutsch von Emil Schering. 7. (20.00.) — So. 11. Neu einstudiert. Manon. 6. (40.00.) — Mo. 12. IV. Sinfonie-Konzert. Leitung: Fritz Cortolezis. Solistin: Frau von Ernst. 7. (10.00.) Mitglieder des B.V.B. erhalten gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte ermäßigten Eintritt bis zu zwei Karten im Parterre à M. 9.00. — Die 13. Der Schatzgräber. 5^{1/2}. (30.00.)

Im Konzerthaus. So. 4. Börsenieber. 7. (17.50.) — Die 6. Volksbühne C. 7. Der zerbrochene Krug. Der eingebildete Kranke. 7. (17.50.) — Fr. 9. Volksbühne. D. 2. Die Hoffnung auf Segen. 7. — So. 11. Die beiden Seehunde. 7. (17.50.)

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/1, 4-6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Verkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag den 3., nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag den 5. an.

Künstlerhaus
Sonntag, 4. Dezember, 8 Uhr
TANZ-ABEND 8.809
Aenne Osborn
unter Mitwirkung des Pianisten Paul Meyer aus Frankfurt.
Karten zu 15, 12, 9 und 6 M. (einschl. Steuer) bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

E. Büchle
Kunsthandlung und Rahmenfabrik 2842
Karlsruhe, Kaiserstr. 129 zwisch. Wald- u. Karlsruherstr.
Wandbilderschmuck
Inh.: W. Bertsch. Bildereinrahmungen

Konzerthaus.

Samstag, 3. Dezbr. 6^{1/2}, bis nach 10 Uhr. Mk. 20.00.
Th.-G. B.V.B. Nr. 1451-1650 und alle Nr. über 3400.

BADISCHE LICHTSPIELE
für
Schule und Volksbildung
Samstag, 3. Dezbr. 6^{1/2}, bis nach 10 Uhr. Mk. 20.00.
Th.-G. B.V.B. Nr. 1451-1650 und alle Nr. über 3400.

Mit Beginn jeder Vorführung werden die Türen geschlossen.
Spielplan:
Wellenkämpfe — Sportfilme (Zeittupe) — Hänfling im Nest. — Montessori, Haus der Kinder-Holzflößerei im bayerischen Hochland. Großstation Nauem im Weltverkehr.

Sonderpreise:
Nachmittags auf allen Plätzen M. 2.50 einschließlich Steuer.
Abends 1. Platz M. 4.—
2. Platz M. 3.—
einschließlich Steuer.
Verkaufsstellen:
am 3. Dezember nachmittags und abends an der Konzerthauskasse A und B.
Vorverkauf:
Musikalienhandlung Moller, Ecke Kaiser- u. Waldstr., Buchhandlung Krieg, Kaiserstr. 67, Südstadt, Zigarrenhaus, Schützenstr. 22, Zigarrenhaus B. Holz, Ecke Karl- und Mathystr. und in den Geschäftsstellen des Verkehrsvereins. 8.818

Bleibe jung
Tägliche Körperübungen für die Frau
Von Luise Keyber und Else Birmingham
Mit vierunddreißig Abbildungen von Hedwig Carlson
Preis 10.— Mk.
Inhaltsverzeichnis: Allgemeine Ziele und Vorbedingungen für die tägliche Körperübung der Frau. — Die tägliche Übungsfolge, Zweck und Ausführung der Übungen (mit Übungstafel und 34 Abbildungen). — Fortübungen. — Winke für besondere Übungen bei Körperfehlern und Funktionsstörungen, zur Bekämpfung einiger Unregelmäßigkeiten und Beschwerden, sowie Ergänzungsübungen. — Schlupfwort. — Vergrößerte Übungstafel für den täglichen praktischen Gebrauch (zum Herausnehmen und an der Wand zu befestigen).
Diese Übungsfolge bedeutet kein neues „System“, sondern eine Zusammenstellung von Übungen, die für jede Frau, soweit sie organisch gesund ist, geeignet sind. Sie wollen für die tägliche Durcharbeitung des Körpers das notwendigste bieten und in möglichst knapp bemessener Zeit die vorteilhafteste Wirkung in gesundheitlicher und ästhetischer Beziehung erzielen. Gesteigerte Gesundheit der Frau bedeutet Höherentwicklung unseres Volkes, Aufwärtsbewegung der Masse und damit Steigerung körperlicher Schönheit u. der Beherrschung des äußeren Menschen.
S. Braundt Buchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden
— 14 Karlsruherstraße 14 —

Badischer Verein für Geflügelzucht.

Samstag 3., Sonntag 4., Montag, 5. Dezember

2. Gau- und 3. Jubiläums-Ausstellung von Geflügel aller Rassen.
Städtische Ausstellungshalle.
Geöffnet von 9-6 Uhr. Geöffnet von 9-6 Uhr.
Eintrittspreise: Samstag pro Person M. 2.—, Sonntag und Montag M. 1.—, Tagesskarte M. 3.—, Dauerkarte M. 6.—, Kinder die Hälfte. 8.815

Zum sofortigen Eintritt, spätestens aber auf 1. Januar 1922, wird eine gewählte

Briefmarken-Sammlung:
am liebsten größeres Objekt
in guter Erhaltung
in jeder Preishöhe
von Liebhaber zu kaufen gesucht.
Angebote un-... 8.816 an die Expedition der Karlsruher Ztg.

Amthliche Schlupfstein preuß.-südd. Staatslotterie
sind da und nunmehr alle Treffer auszahbar oder gegen neue Lose 1. Klasse 19. Lotterie zu tauschen.
1. Ziehung schon vor Weihnachten. Lose kosten 1/2, 1/4, 1/8, 1/16 Teil 10.—, 20.—, 40.—, 80.—, 160.— für 1. Klasse oder 50.—, 100.—, 200.—, 400.— für alle Klassen.
Ludwig Göb
Bad. Lottereeinnehmer
Gelestr. 11/15 b. Rathaus.

Häuser
und Geschäfte, teils beziehbar, stets zu verkaufen.
M. Busam, Herrenstr. 38

Badischer Gütertarif.
Die Mindestgebühr für die Beförderung von Sonderzügen werden mit sofortiger Wirkung auf 130 Mk. für das Tarifkilometer und auf 3120 Mk. im ganzen erhöht und die Bahnbetriebsgebühr auf 20.80 Mk. für das Tarifkilometer. 8.873
Karlsruhe, 1. Dez. 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.

Mit sofortiger Gültigkeit wird die Station Ludwigs- (Rein) Anilinfabrik als weitere Wasserumschlagstelle in den Ausnahmetarif 6 für Kohlen einbezogen. 8.974
Karlsruhe, 2. Dez. 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.